

Robert-Martin Montag, Generalsekretär FDP Thüringen
Liebknechtstr. 16a, 99085 Erfurt

Bürgerinitiative KLIMASCHUETZEN JETZT

Per E-Mail an Dr. Armin Froitzheim

armin.froitzheim@gmail.com

Erfurt, 02.10.2019

Wahlprüfsteine zur Thüringer Landtagswahl im Oktober 2019

FDP Thüringen

robert-martin.montag
@fdp-thueringen.de
www.fdp-thueringen.de

FDP Thüringen
Liebknechtstr. 16a
99085 Erfurt

T: 0361 3455919
F: 0361 3455924

Sehr geehrter Herr Dr. Froitzheim,

vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine zur anstehenden
Landtagswahl, die ich Ihnen gern anbei beantwortet zurücksende.

Für weiterführende Gespräche stehe ich Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Robert-Martin Montag
Generalsekretär FDP Thüringen

FDP Freie Demokratische Partei, Landesverband Thüringen e.V.
Liebknechtstr. 16a 99085 Erfurt
Telefon: +49 361 3455919, Telefax: +49 361 3455924

E-Mail: lgs-thueringen@fdp.de, Internet: www.fdp-thueringen.de

Landesvorsitzender: Thomas L. Kemmerich
Landesgeschäftsführer: Tim Wagner

Wahlprüfsteine der Bürgerinitiative KLIMA SCHÜTZEN JETZT für die Landtagswahl in Thüringen am 27.10.2019

Allgemeine Fragen

Frage 1

Langfristiges Ziel der Bundesregierung ist es bis 2050 weitgehend treibhausgasneutral zu werden. Auch das Land Thüringen hat sich zum Klimaschutz bekannt. Das Thüringer Klimaschutzgesetz sieht allerdings nur eine verhältnismäßig überschaubare CO₂-Reduktion gegenüber dem Referenzjahr 1990 von lediglich 60 % bis 2030, 70% bis 2040 und 80% bis 2050 vor. Was ist Ihre Meinung zum Thüringer Klimagesetz 2018 und zur Thüringer Klimaschutzstrategie? Halten Sie diese Diskrepanz zwischen den Notwendigkeiten und den Zielen im Thüringer Klimagesetz für angemessen?

Antwort

Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass es für die Bekämpfung des Klimawandels eines sinnvollen Gesamtkonzeptes bedarf. Mit dem Pariser Abkommen hat sich die Staatengemeinschaft das Ziel gesetzt, die Erderwärmung auf bestenfalls 1,5 Grad zu begrenzen. Um das zu realisieren, hat sich die Europäische Union verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40 Prozent zu senken. Ziel der langfristigen EU-Klimaschutzstrategie ist es, bis 2050 eine Treibhausgasneutralität der Wirtschaft zu erreichen. Um das schaffen zu können, muss Deutschland vor allem in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft eine starke Treibhausgasreduktion erreichen: bis 2020 von 14 Prozent und bis 2030 eine Reduzierung von 38 Prozent. Mit diesen Vorgaben haben wir ausreichend zu tun. Anstatt nun neue Ziele auf Landesebene herunterzubrechen, sollten wir uns daran machen, Forschung und Entwicklung voranzubringen, damit wir gemeinsam mit den anderen Nationen in der Europäischen Union die Klimaziele des Pariser Abkommens erreichen können.

Frage 2

Welche darüber hinaus gehenden verbindlichen Klimaschutzziele würden Sie als politische Mandatsträger der Landesverwaltung vorgeben?

Antwort

Die auf internationaler Ebene festgelegten Klimaziele sind für uns gesetzt. Diese gilt es gemeinsam zu erreichen. Die Thüringer Landesverwaltung wird im Rahmen dieser Ziele ihren Beitrag leisten.

Frage 3

Wie stehen Sie zu den Umsetzungsmaßnahmen der Thüringer Energie- und Klimaschutzstrategie? Halten Sie den freiwilligen und informellen Charakter der meisten Maßnahmen für zielführend im Sinne eines nachhaltigen Klimaschutzes obwohl im Rückblick konstatiert werden muss, dass die auf Freiwilligkeit basierenden Maßnahmen bislang kaum umfänglich klimaschonende Wirkung entfaltet haben?

Antwort

Die Thüringer Energie- und Klimaschutzstrategie gibt sehr umfangreiche Hinweise und Handlungsempfehlungen für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Einige der Maßnahmen und Empfehlungen

gerade im Wärme- und Baubereich werden bereits im Neubau umgesetzt. Wir Freien Demokraten halten es für gefährlich den Eindruck zu erwecken, dass nun z.B. alle ihre vor 1 Jahr gekauften Heizungen wieder rausschmeissen müssen, um zum Zwecke des Klimaschutzes neue Heizungen einzubauen. Vielmehr gehen wir davon aus, dass viele sinnvolle Maßnahmen gerade beim Wohnungsbau gar nicht möglich sind, weil überaltete Verordnungen dies nicht zulassen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass vor allem Rechtsvorschriften, die bereits längst überholt sind, aktualisiert, modernisiert und im besten Falle gestrichen werden, wenn sie die Weiterentwicklungen und die Nutzung moderner Ressourcen behindern. Wir bauen darauf, dass sich Unternehmen und Bürger eher auf Erleichterungen einlassen als auf freiwillige Maßnahmen, die das Leben komplizierter oder viel teurer machen.

Frage 4

Welche Schwerpunkte wollen Sie in der künftigen Legislaturperiode in den Themenfeldern Klimaschutz und Energiewende setzen und welche Maßnahmen daraus wollen Sie in der künftigen Legislaturperiode vorrangig angehen?

Antwort

Zukunftsorientierte Mobilität und ein verlässlicher Nahverkehr im ländlichen Raum sind für uns Grundlage für eine Wende in der Mobilitätsfrage. Wir werden uns für einen thüringenweiten Verkehrsverbund einsetzen und die Verkehrsunternehmen und Kommunen dabei unterstützen, die Möglichkeiten der digitalen Informationsmedien in ihrer Fülle zu nutzen, um es den Menschen einfach zu machen, vom Individualverkehr auf den öffentlichen Personenverkehr umzusteigen.

Wir setzen uns für Aufforstung und den Schutz bestehender Wälder als Klimaschutzmaßnahmen ein.

Wir wollen ausserdem dafür sorgen, dass das Potenzial existierender Umwelttechnologien umfassend genutzt werden kann. Dafür ist sicherzustellen, dass die Industrie die besten verfügbaren Techniken und neue Innovationen kontinuierlich weiterentwickelt und einführt.

Wir setzen uns für einen vielfältigen Energiemix ein. Erneuerbare Energien sind für uns ein wichtiges Element im Energiemix der Zukunft. Allerdings müssen auch für die erneuerbaren Energieträger die Regeln des Marktes mit allen Chancen und Risiken gelten. Denn nachhaltige und subventionsfreie Geschäftsmodelle lassen sich nur im technologieneutralen Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen durchsetzen. Deshalb wollen wir uns über den Bundesrat dafür einsetzen, das Dauersubventionssystem des EEG mit Einspeisevorrang und -vergütung abzuschaffen.

Wir setzen uns für eine klare Bündelung energiepolitischer Verantwortlichkeiten in einem Ministerium ein. Eine ideologiefreie Energiepolitik muss in Thüringen endlich den Stellenwert bekommen, den sie verdient hat.

Wir wollen die dezentrale Energieversorgung vor Ort stärken und streben eine lokale Eigenversorgung von 80% an. Dezentrale Modelle sorgen für eine nachhaltige Unterstützung der Energiewende und des Klimaschutzes. Die Chancen für dezentrale Versorgungslösungen mit entsprechender Wertschöpfung vor Ort sollten zur Stärkung der Thüringer Wirtschaftskraft viel stärker genutzt werden. Eigenversorgung und regionale Verbundnetze führen mittelfristig zu sinkenden Energiekosten und verhindern Stromtrassen wie SüdLink.

Wir setzen uns für eine lebendige Landwirtschaft ein und wollen die regionale landwirtschaftliche Produktion erhalten und stärken.

Vor allem wollen wir auch unseren Lebensraum schützen, indem wir uns und unsere Region vor den Gefahren von Hochwasser und anderen starken Witterungsbedingungen wappnen.

Umfangreiche Informationen zu unseren Vorhaben in Sachen Klimaschutz entnehmen Sie bitte unserer Agenda für eine liberale Klimapolitik bis 2024 unter <https://bit.ly/2HA96A8>

Sektor Industrie

Frage 5

Welche Möglichkeiten sehen Sie, Thüringer Klimaschutzziele auch im Sektor Industrie, GHD durchzusetzen?

Antwort

Es muss für Unternehmen und Entscheider in der Wirtschaft günstiger und einfacher sein klimafreundlich zu agieren. Hierfür gilt es Anreizsysteme zu schaffen und unkomplizierte und bürokratiearme Konzepte zur Förderung klimaneutralen Wirtschaftens zu entwickeln.

Frage 6

Halten Sie die Erstellung detaillierter Abwärmekataster für zielführend und würden sich für die flächendeckende Veröffentlichung engagieren?

Antwort

Wir Freie Demokraten unterstützen das europäische Modellprojekt, in welchem die Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur (ThEGA) u.a. basierend auf einem Abwärmekataster für die Nutzung von Abwärme in Thüringen verschiedene Machbarkeitsstudien erstellt. Liegen entsprechende Vorschläge vor, wie eine Veröffentlichung der Abwärmeinformationen zu regionsübergreifenden Nutzungsprojekten führen kann, werden wir die dafür notwendigen Maßnahmen ergreifen und unterstützen.

Sektor Strom

Frage 7

Würden Sie sich dafür einsetzen, dass die Thüringer Energieversorgungsunternehmen mehr in Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien investieren, um die Kunden mit mehr regionalem Ökostrom versorgen zu können?

Antwort

Bereits heute baut ein Großteil gerade der kommunalen Energieversorgungsunternehmen auf die Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien. Diese unternehmerischen Entscheidungen und die damit verbundenen Entwicklungen werden wir Freie Demokraten unterstützen. Wir sind aber nicht so naiv zu glauben, dass die Versorgung des Freistaats allein über regionalen Ökostrom zu gewährleisten ist. Wir müssen dann entscheiden, ob wir über Zertifikate teuren Strom aus anderen europäischen Ländern kaufen oder Strom aus deutschen Kraftwerken anderer Technologien nutzen.

Frage 8

Wie wollen Sie den Ausbau von Solarstromanlagen fördern?

Antwort

Wir setzen uns für einen vielfältigen Energiemix ein. Erneuerbare Energien sind für uns ein wichtiges Element im Energiemix der Zukunft. Allerdings müssen auch für die erneuerbaren Energieträger die Regeln des Marktes mit allen Chancen und Risiken gelten. Denn nachhaltige und subventionsfreie Geschäftsmodelle lassen sich nur im technologieneutralen Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen durchsetzen. Deshalb wollen wir uns über den Bundesrat dafür einsetzen, das Dauersubventionssystem des EEG mit Einspeisevorrang und -vergütung abzuschaffen. Stattdessen wollen wir den Energiemarkt entfesseln, so dass sich am Ende deutlich zeigt, welcher Strom am günstigsten ist.

Frage 9

Wie wollen Sie den Ausbau von Windstromanlagen fördern? Wie werden sie sicherstellen, dass 1% der Landesfläche für Windstromnutzung zur Verfügung steht wie im Klimaschutzgesetz festgeschrieben?

Antwort

Ideologische Ausbauziele von ein oder zwei Prozent der Landesfläche lehnen wir ab. Deshalb haben wir auch bereits im Jahr 2015 eine Stellungnahme zum Windenergieerlass der Thüringer Landesregierung eingereicht. Den Windenergieerlass möchten wir grundlegend novellieren. Außerdem möchten wir Abstandsregeln zum Schutz von Mensch und Natur verbindlich festschreiben. Für Repowering und neue Windparks gilt für uns gleichermaßen: die zehnfache Anlagenhöhe als Mindestabstand (10H-Regelung) zur Wohnbebauung. Durch eine Änderung des Thüringer Waldgesetzes wollen wir Freie Demokraten die Errichtung von Windkraftanlagen im Wald verbieten. Darüber hinaus fordern wir die Umsetzung der Vorgaben des „Helgoländer Papiers“ zum Vogelschutz. Über den Bundesrat werden wir uns für eine Abschaffung der baurechtlichen Privilegierung der Windkraft (§35 BauGB) einsetzen.

Wir Freie Demokraten wollen das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) anpassen und stärken. Gesetzliche Regelungen müssen der wachsenden Größe der Windenergieanlagen und deren Auswirkungen auf die Umwelt Rechnung tragen. Die prinzipielle Zielsetzung muss die Minimierung der Umweltauswirkungen und des Flächenbedarfs solcher Industrieanlagen sein. Dazu gehört auch, einen umweltgerechten Rückbau von Windenergieanlagen nach Beendigung ihrer Nutzung sicherzustellen. Dabei gilt es, die gesetzlichen Regelungen für Sicherheitsleistungen zu konkretisieren und klarer festzuschreiben. Systemverantwortung bedeutet für uns Freie Demokraten auch die Erzeuger erneuerbarer Energie für die Netzstabilität in die Verantwortung zu nehmen – etwa über eigene Speicherlösungen.

Sektor Wärme

Frage 10

Setzen Sie sich dafür ein, dass künftige Neubaustandards im kommenden Gebäudeenergiegesetz auf technisch erprobte und ambitioniertere Energiestandards (z.B. Passivhaus, KfW 40+) orientiert werden?

Antwort

Wir Freie Demokraten kritisieren die immer weiter zunehmenden Verschärfungen der Energieeinsparverordnung (ENEV), die über das volkswirtschaftlich sinnvolle Maß hinausgehen. Unter anderem dadurch sind Baukosten massiv über die allgemeine Preisentwicklung hinaus angestiegen. Wir fordern deshalb ein dreijähriges Moratorium der ENEV. Während des Moratoriums wird eine Evaluierung stattfinden, die unter anderem die volkswirtschaftlichen, gesundheitlichen und auch umweltpolitischen Folgen untersucht. Es ist festzustellen, dass neben der finanziellen Belastung durch die weitreichenden energetischen Vorschriften teilweise auch die bautechnischen Möglichkeiten überstrapaziert werden, sodass es von Baubeginn an zu Bauschäden kommt. Wir treten für einen Wettbewerb von Baustoffen und Bauarten ein.

Frage 11

Setzen Sie sich für die angemessene energetische Nachrüstung von Gebäuden mit besonders erhaltenswerter Bausubstanz ein, wie es im Sinne der Nachhaltigkeit und Daseinsfürsorge geboten ist?

Antwort

Ja.

Frage 12

Wie wird ihr Engagement hinsichtlich des strukturellen Umbaus von Fernwärmeversorgung zu Nieder-temperaturnetzen mit Einspeisung erneuerbarer Wärmequellen aussehen?

Antwort

Wir werden lokal vor Ort Lösungen nach Angemessenheit bewerten und dementsprechend unterstützen.

Frage 13

Wie wollen Sie den Ausbau von Solarwärmeanlagen fördern?

Antwort

Wir halten die aktuellen Förderungen für ausreichend.

Frage 14

Welche Schwerpunkte werden Sie in der künftigen Legislaturperiode im Bereich Wärme und Wärmedämmung umsetzen?

Antwort

Wir Freien Demokraten sehen bei diesem Thema die Bundesregierung in der Pflicht, eine bundesweit einheitliche Regelung für den Bereich Wärmedämmung zu finden. Gerade angesichts der Nachhaltigkeit setzen wir uns aber vor allem für eine Öffnung im Bereich der verwendbaren Baustoffe ein.

Sektor Mobilität

Frage 15

Haben sie ein verkehrspolitisches Konzept, welches den motorisierten Individualverkehr (MIV) verringert?

Antwort

Wir haben ein verkehrspolitisches Konzept, das offen ist für die Mobilität der Zukunft. Es zeichnet sich ab, dass der Individualverkehr, wie wir ihn heute kennen, in Zukunft nicht der Standard sein wird. Dafür wird es bequemere und günstigere Möglichkeiten geben, von A nach B zu kommen. Die Entwicklung dieser neuen Technologien und Mobilitätskonzepte möchten wir durch intensive Förderung von Forschung und Entwicklung in diesem Bereich voranbringen. Bis die neuen Konzepte in Realität umgesetzt sind und als echte Alternativen zählen können, beteiligen wir uns nicht an der Diffamierung von Autofahrern und der dahinterstehenden Automobilindustrie.

Frage 16

Sind Sie für eine kurzfristige Umstellung des öffentlichen Regionalverkehrs auf umweltfreundlichere alternative Antriebe?

Antwort

In erster Linie müssen wir einen Weg finden, den öffentlichen Regionalverkehr so aufzustellen, dass er den ländlichen Raum und die Städte verbindet. Wir haben Nachholebedarf in der Modernisierung von Verkehrsangeboten. Wenn wir es geschafft haben, dass ein Leben im Dorf auch ohne Auto möglich ist, dann können wir auch darüber nachdenken, ob und wie wir Busse und Bahnen noch umweltfreundlicher ausbauen können. Wir Freien Demokraten gehen aber davon aus, dass auch im öffentlichen Regionalverkehr ein Mix an Antriebstechnologien die Antwort auf die unterschiedlichen Herausforderungen sein wird.

Frage 17

Sind Sie für eine Förderung der nichtmotorisierten Mobilität durch Flächenumwidmung (Ausweitung der Fußgängerzonen, Fahr- und Parkraum zu Radwegen, grundsätzliche Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr und dgl.)?

Antwort

Das Thema der Flächenkonflikte im Verkehrswesen ist schon immer ein stark umstrittenes Thema. Um die verschiedenen Akteure fair zu behandeln, bedarf es aus unserer Sicht vor allem klarer Regeln, die befolgt und im Zweifel durchgesetzt werden. Um bspw. Autos aus den Innenstädten zu halten, müssen entsprechend ausgebaute Parkflächen an den Stadträndern mit zugehörigen Umstiegsanreizen für den öffentlichen Personenverkehr angeboten werden. Um Fahrradfahrer aus den Fußgängerzonen zu halten, braucht es entsprechende Umfahrungsrouten, die den Ansprüchen von Fahrradfahrern entsprechen. Ebenso muss es möglich sein, sich auf ausgewiesenen Fußgängerwegen sicher durch die Stadt oder über Land zu bewegen. Der Flächenkonflikt kann nur auf konzeptioneller Ebene durch Verkehrs- und Städteplaner gelöst werden.

Frage 18

Unterstützen Sie die Forderung nach einer Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h auf allen Straßen im Stadtgebiet ohne Mittel-Fahrbahnmarkierungen?

Antwort

Geschwindigkeitsbegrenzungen müssen sich an den Gegebenheiten vor Ort orientieren. Ist die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer nur bei 30 km/h zu ermöglichen, muss es eine entsprechende Beschränkung geben. Eine pauschale Festlegung ohne entsprechende Ortskenntnis und Gefahrenlage lehnen wir Freie Demokraten ab.

Frage 19

Welche Schwerpunkte wollen Sie in der künftigen Legislaturperiode im Bereich nachhaltige Mobilität umsetzen?

Antwort

Wir Freie Demokraten wollen den öffentlichen Nahverkehr vor allem im ländlichen Raum stärken. Dafür sollen vor allem neue Mobilitätskonzepte eine bedarfsgerechte Anbindung der Dörfer an die größeren Städte oder Verkehrsknotenpunkte ermöglichen. Wir wollen die Erforschung innovativer Antriebe befördern und dafür sorgen, dass die notwendige Infrastruktur für Fahrzeuge mit modernen Antriebstechnologien gegeben ist. Die Entwicklung der Elektromobilität oder die anderer Zukunftstechnologie wollen wir offen und ideologiefrei begleiten. Wir Freie Demokraten wollen die Fahrrad-Infrastruktur in Thüringen stärken und die Kommunen beim Ausbau von Radwegen (im besten Falle vom Restverkehr getrennt und mit einer Trassierung versehen). Wir wollen untersuchen, inwiefern Fernbusanbieter in Gegenden, wo die Bahn sich zurückgezogen hat, aktiv werden können, um Lücken im ländlichen Nahverkehr zu schließen. Wir wollen im Rahmen eines thüringenweiten Verkehrsverbundes alle Mobilitätsanbieter an einen Tisch bringen, um für den ganzen Freistaat ein schlüssiges und ineinander greifendes Mobilitätsangebot in der Stadt und auf dem Land zu ermöglichen. Die zugehörigen Verkehrsdaten sollen als OpenData zur Verfügung gestellt werden, um neue Informationsangebote für die Mobilität entwickeln zu können. Diese stellen eine Möglichkeit dar, um Anreize für den Umstieg auf den Öffentlichen Personenverkehr zu setzen. Wir wollen den Schienenverkehr stärken und den Sanierungsstau auf den Thüringer Straßen beenden. Um bei den neuen Technologien ganz vorne mitzuspielen, wollen wir Thüringen zur Modellregion für autonomes Fahren und für ein digitales Parkplatzmanagement im Lastverkehr machen. Welche Schwerpunkte wir noch im Verkehr setzen und wie wir diese umsetzen wollen, erfahren Sie in unserem umfangreichen Wahlprogramm unter <https://wahl.fdp-thueringen.de/wahlprogramm> auf den Seiten 54 bis 60.

Sektoren Ernährung & Konsum

Frage 20

Wie wollen Sie Müllvermeidung fördern?

Antwort

Bereits heute gibt es viele Sensibilisierungskampagnen für die Vermeidung von Müll. Initiativen wie der World Cleanup Day steigern die gesellschaftliche Wahrnehmung und sorgen dafür, dass die Menschen sich mit der Thematik von Müll und dessen Vermeidung beschäftigen. Wir Freie Demokraten begrüßen diese Initiativen und beteiligen uns gern an einer weiterführenden Aufklärung der Verbraucher über Müll, Entsorgung und Recycling. Wir Freie Demokraten glauben daran, dass der gesellschaftliche Druck und die Forderungen von Verbraucherinnen und Verbrauchern am Ende zu einer nachhaltigen Veränderung beitragen können. Der Schlüssel liegt für uns in der Aufklärung und Bildung der Verbraucher und dann in der transparenten Ausweisung von Verpackungsmaterial. Bevor man nun aber die Hersteller mit Forderungen übersät, wollen wir die bestehenden Gesetze nach Verordnungen untersuchen, die zur aktuellen Verpackungssituation führen und diese entsprechend verändern (z.B. Verpackungsgesetz, Hygienevorschriften bei Lebensmitteln), damit Hersteller und Händler sich rechtsicher an die berechtigten Forderungen anpassen können.

Frage 21

Haben Sie Ideen für Recyclingsysteme die Sie umsetzen möchten?

Antwort

Wir Freie Demokraten wollen vor allem dafür sorgen, dass bestehende und neu zu entwickelnde Recyclingsysteme besser verstanden werden. Transparenz und Information sorgt aus unserer Sicht dafür, dass Verbraucherinnen und Verbraucher informierte Entscheidungen treffen können, sei es über Mülltrennung oder über die Notwendigkeit von Verpackungsmaterial.

Wir begrüßen die Entwicklung unternehmerischer Aktivitäten im Bereich des Upcycling und der Kultur des Wiederverwendens kaputter Geräte.

Im Bereich der Wirtschaft beinhalten verschiedene Förderregularien aktuell den Grundsatz, dass eine Förderung immer an einen Neukauf gebunden ist. Die Anschaffung einer gebrauchten Maschine ist von der Förderung ausgeschlossen. Solche und ähnliche Regeln stehen der Forderung nach Upcycling und Wiederverwendung diametral gegenüber.

Frage 22

Welche Schwerpunkte wollen Sie in der künftigen Legislaturperiode im Bereich Ernährung und Konsum umsetzen?

Antwort

Ernährung und Konsum basieren auf sehr persönlichen Entscheidungen. Wir Freie Demokraten setzen auf Information, Transparenz und Bildung. Wenn Kinder bereits in der Schule mit den Leistungen in Landwirtschaft und Industrie bekannt gemacht werden, können sie informierte Entscheidungen über ihren eigenen Konsum und die Ernährung treffen. Umfangreichere Informationen entnehmen Sie bitte unserem Wahlprogramm unter <https://wahl.fdp-thueringen.de/wahlprogramm>.